

5823/AB XX.GP

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr.6114/J betreffend Das Jahr - 2000 - Problem oder „Y2K“ in der Bundesverwaltung, welche die Abgeordneten Povysil und Kollegen am 21 .4.1999 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1, 2, 4 bis 7, 22, 27 und 28 der Anfrage:

Die entsprechenden Umstellungsarbeiten bzw. die Jahr - 2000 - Tests werden mit dem vorhandenen Personal ohne Beeinträchtigung für den Bürger aus dem laufenden Budget gedeckt. Die Applikationen werden nach dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit mit Sorgfalt und der erforderlichen Nachhaltigkeit getestet, sodass nach aktueller Kenntnis höchste Verfügbarkeit für die Individualsoftware garantiert werden kann. Diese Verfügbarkeit muss selbstverständlich im Zusammenhang mit Herstellergarantien für die eingesetzten Betriebssysteme gesehen werden. Laufende Aktualisierungen werden daher notwendig sein. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten setzt sich in Zusammenarbeit mit den Herstellern laufend mit dem Problem auseinander und aktualisiert die eingesetzte Software nach Verfügbarkeit und Freigabe durch den Hersteller.

Da ein gesamtheitlicher Systemtest nicht möglich ist, müssen stets wichtige Komponenten in eigenen Testumgebungen geprüft werden. Zudem müssen die Aussagen der Hersteller mit einem Datum (Zeitstempel) versehen werden, da von diesen ebenfalls laufend Tests durchgeführt werden. Alle erkennbaren Gefährdungspotentiale der technischen Infrastruktur wurden erschlossen und entsprechende Vorsorge getroffen, da nicht alle Bereiche der Infrastruktur im Vollzugsbereich des Ressorts liegen.

Antwort zu Punkt 3 der Anfrage:

Auf die Beantwortung durch das BKA zu Punkt 5 der parlamentarischen Anfrage Nr.6117/J wird verwiesen.

Antwort zu den Punkten 8 und 9 der Anfrage:

Das Wirtschaftsministerium hat Ausfallsszenarien erstellt und für die hauptsächlich betroffenen Bereiche Heerespital (Wien, Graz, Innsbruck), die Versuchsanstalten und Prüflabors der Universitäten und insbesondere für die Justizanstalten (Haftanstalten) Ausfallsvermeidungs- und Notfallstrategien entwickelt.

Die Energiebeauftragten und die Referenten der Dienststellen schulen die Anlagenbetreiber für Notsteuerungen und Überbrückungsmaßnahmen ein.

Da sich das Wissen um die Y2K - Problematik dynamisch entwickelt, gibt es seitens der IT - Partner noch keine endgültigen Aussagen, als vielmehr das Versprechen, rechtzeitig alle Probleme gelöst zu haben. Zudem gibt es in weiten Bereichen der Büroautomation aus Kompatibilitätsgründen keine Alternativen zur eingesetzten Software.

Antwort zu den Punkten 10 und 16 der Anfrage:

Wo eine derartige Regelung sinnvoll und möglich war, wurde eine derartige Vereinbarung selbstverständlich getroffen. Bei der Beschaffung von Neugeräten wird dies schon seit 1997 vereinbart.

Antwort zu den Punkten 11 bis 13 und 15 der Anfrage:

Ein RMP ist derzeit nicht geplant. Eine erhöhte Bereitschaft und eine entsprechende Gestaltung der Dienstpläne ist vorgesehen.

Antwort zu den Punkten 14, 17, 19 und 23 bis 26 der Anfrage:

Alle erkennbaren und erkannten Risiken werden minimiert. Die Beseitigung von Betriebsstörungen obliegt unabhängig von Y2K der zuständigen Organisationseinheit.

Beispiel:

Die Abfrage der Grundstücksdatenbank (GDB) via A - Online oder via BTX wird mit Jahresende eingestellt und auf Web -Technologie umgestellt.

Antwort zu Punkt 18 der Anfrage:

Dieses Problem wurde immer schon, unabhängig von Y2K, bei der Zusammenarbeit mit IT -Partnern berücksichtigt.

Antwort zu den Punkten 20 und 21 der Anfrage:

Die eingesetzten Applikationen werden laufend nach den neuesten Erkenntnissen und Updates der Hersteller überprüft. Die Checklisten werden entsprechend adaptiert.

Antwort zu Punkt 29 der Anfrage:

Nein. Die Tests wurden in abgeschalteten, nicht vernetzten Bereichen durchgeführt.

Antwort zu Punkt 30 der Anfrage:

Wegen der dynamischen Entwicklung des Y2K - Problems ist eine Regelung über Verordnungen wenig sinnvoll. Weiters sind die Lieferanten der Betriebssysteme und der Standardsoftware aus Konkurrenzgründen am globalen Markt sowieso gezwungen, sich mit dem Y2K - Problem auseinander zu setzen und ihre Kunden permanent auf dem laufenden zu halten. Eine Erhöhung der Regelungsdichte durch nationale Verordnungen würde diesen Prozess in keiner Weise beschleunigen.

Antwort zu Punkt 31 der Anfrage:

Die Beantwortung fällt in die Zuständigkeit des BKA (IT - Koordination).

Antwort zu Punkt 32 der Anfrage:

Die Zusammenarbeit mit IT - Partnern nimmt in jeglicher Form auf aktuelle Problemstellungen Bezug. Das Y2K - Problem ist eine Vorgabe, die gleichrangig neben vielen anderen steht und daher bei der Abwicklung von IT - Projekten selbstverständlich berücksichtigt wird. Durch die bereits seit langem erfolgte Y2K - Sensibilisierung erzwingt auch die Konkurrenz der Mitbieter bei IT - Projekten eine entsprechende Berücksichtigung aller Aspekte.